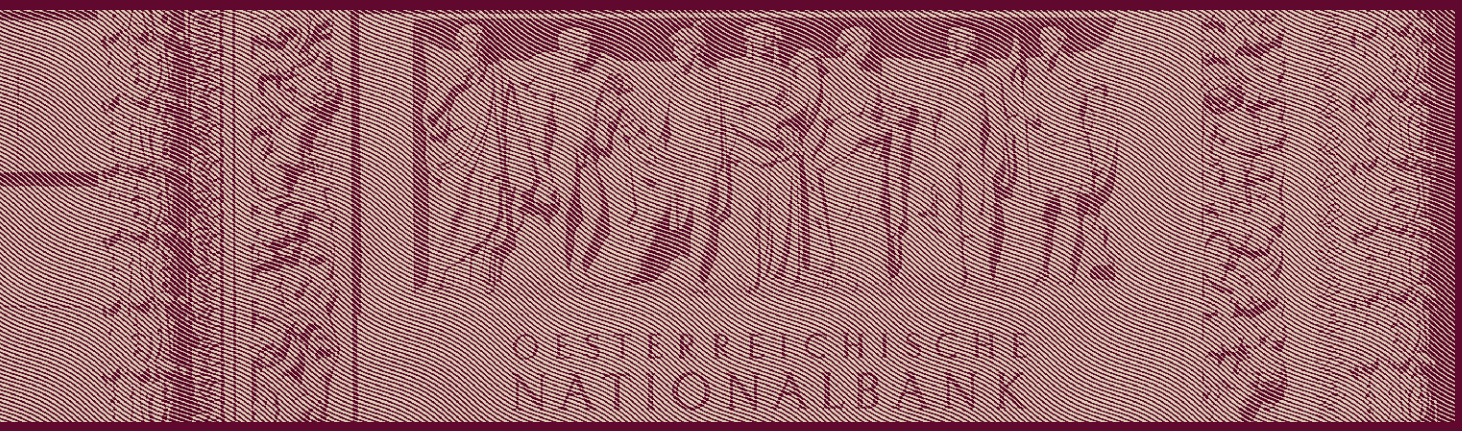
OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB



Stabilität und Sicherheit.

Q1/21

Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-04-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Autor	*Friedrich Fritzer*
Redaktion	*Marc Bittner, Joanna Czurda*

© Oesterreichische Nationalbank, 2021.
Alle Rechte vorbehalten.
Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Überblick

Anstieg der Inflation auf 1,7 % im Jahr 2021

Laut der OeNB-Inflationsprognose vom März 2021 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 1,7 % betragen. Damit liegt die Projektion um 0,3 Prozentpunkte höher als im Dezember 2020. Verantwortlich dafür sind vor allem höhere Terminnotierungen für Rohöl. Für die Jahre 2022 und 2023 bleibt die aktuelle Prognose der OeNB bei Inflationsraten von jeweils 1,7 %. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate geht von 2,0 % im Jahr 2020 auf 1,4 % im Jahr 2021 deutlich zurück, da sich die aufgrund der Pandemie notwendigen Containment-Maßnahmen vor allem auf Industriegüter ohne Energie und Dienstleistungen inflationsdämpfend auswirken. Mit der wirtschaftlichen Erholung steigt die Kerninflationsrate in den Jahren 2022 und 2023 wieder auf knapp 2,0 % an. Die Prognose geht davon aus, dass sich die bis Ende 2021 verringerten Mehrwertsteuersätze in den Bereichen Gastronomie, Hotellerie und Kultur nicht in niedrigeren Verbraucherpreisen widerspiegeln werden.

Rohstoffpreise ziehen markant an

Sowohl Rohölpreise als auch Preise für Industrie- und Nahrungsmittelrohstoffe sind zuletzt teilweise beträchtlich gestiegen. Auf Ebene der heimischen vorgelagerten Produktionsstufen hat sich zwar sektoral (z. B. im Energiebereich) ein Preisdruck aufgebaut, aber die eng mit den Verbraucherpreisen zusammenhängenden inländischen Erzeugerpreise für Konsumgüter sind auf einem niedrigen Niveau weitgehend stabil geblieben.

Auslastung der Produktionskapazitäten verschlechterte sich zuletzt wieder

Laut WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2021 hat sich die Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterindustrie wieder verschlechtert. Zurückzuführen ist dies auf die verschärften Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie im Rahmen des zweiten und dritten Lockdowns, welche die Auftragssituation bei der Produktion kurzlebiger Konsumgüter verschlechtert haben.

Anstieg der HVPI-Inflationsrate auf 2,0 % im März 2021 vom Rohölpreis getrieben

Die österreichische HVPI-Inflationsrate ist von 1,8 % im Juli 2020 auf 1,4 % im Februar 2021 zurückgegangen. Im März 2021 betrug die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria 2,0 %. Gemäß Statistik Austria ist die markante Beschleunigung der Inflationsrate von Februar auf März 2021 vor allem auf einen Anstieg der Rohölpreise zurückzuführen. Die bis Februar 2021 vorliegenden Detailergebnisse zeigen einen deutlichen Rückgang der ohne Energie und Nahrungsmittel berechneten Kerninflationsrate von 2,7 % im Juli 2020 auf 1,6 % im Februar 2021. Aufgrund des zweiten und dritten Lockdowns und den damit einhergehenden Geschäftsschließungen wurde die Preiserhebung erschwert. Das Fehlen beobachtbarer Marktpreise von im Warenkorb enthaltenen Produkten und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, bei der Inflationsberechnung für diese Produkte Preisfortschreibungen vorzunehmen, betrafen von November 2020 bis März 2021 zwischen 13 % und 25 % des österreichischen HVPI-Warenkorbs. Daher sind vor allem die zuletzt veröffentlichten Inflationsraten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen mit Vorsicht zu interpretieren.

Veränderung des Inflationsabstandes zwischen Österreich und Deutschland durch Sonderfaktoren bedingt

Im Vorjahr lag die österreichische HVPI-Inflation noch um einen Prozentpunkt über der HVPI-Inflation Deutschlands. Anfang 2021 hat sich der Inflationsabstand aufgrund des drastischen Inflationsanstiegs in Deutschland in die entgegengesetzte Richtung gedreht. Etwas mehr als die Hälfte des Anstiegs der deutschen Inflationsrate zu Jahresbeginn geht auf die Rücknahme der deutschen Mehrwertsteuersenkung sowie auf die Einführung einer CO_2-Steuer zurück. Zudem bedingte die COVID-19-Pandemie aufgrund der geänderten

Konsumgewohnheiten eine Anpassung der HVPI-Gewichte für das Jahr 2021, die deutlich stärker war als in den vergangenen Jahren. Im deutschen HVPI-Warenkorb hat die markante Gewichtsänderung bei Pauschalreisen im Zusammenspiel mit der volatilen Preisentwicklung für einen statistischen Sondereffekt gesorgt, der die deutsche HVPI-Inflationsrate Anfang des Jahres um 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte erhöhte. Alle genannten Sondereffekte sollten spätestens Anfang 2022 aus der Berechnung der deutschen Jahresinflationsrate herausfallen.

Keine systematischen Messfehler im österreichischen HVPI und VPI aufgrund von Qualitätsänderungen bei Produkten

Verbraucherpreisindizes sind zentrale Indikatoren für die Geld- und Wirtschaftspolitik und dienen als Maßstab für die Erreichung des Preisstabilitätsziels oder als Referenz für die Wertsicherung von Verträgen sowie als Bezugsgröße in Lohnverhandlungen. Es ist daher von großer Bedeutung, Messfehler bei der Erstellung von Verbraucherpreisindizes zu vermeiden. Eine potenzielle Quelle für Messfehler stellen Produkte dar, deren Preise sich aufgrund ihrer Ausstattungsmerkmale ändern (z. B. verbesserte Fahrassistenzsysteme bei Kraftfahrzeugen, verbesserte Funktionalitäten bei Mobiltelefonen). Statistische Institute schätzen daher den Wert der Qualitätsverbesserung und korrigieren die darauf beruhende Preisänderung eines Produkts. Im aktuellen Schwerpunktthema wird diese Messfehlerquelle für einige ausgewählte Produkte untersucht, bei denen Qualitätsänderungen häufig vorkommen. Die Analyse ergibt, dass sich die qualitätsbereinigten Inflationsraten innerhalb plausibler Grenzen bewegen.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer[1]

Überblick		2
1	Inflationsrate in den letzten Monaten leicht gesunken	5
2	Inflationsprognose: Inflationsrate steigt im Jahr 2021 auf 1,7 %	7
	Kasten1: Qualitätsbereinigung im österreichischen HVPI und VPI – einige Produktbeispiele	11
3	Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung	16

Redaktionsschluss: 2. April 2021

[1] Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, friedrich.fritzer@oenb.at.

1 Inflationsrate in den letzten Monaten leicht gesunken

Die *österreichische HVPI[2]-Inflationsrate ist von 1,8 % im Juli 2020 auf 1,4 % im Februar 2021 zurückgegangen*. Im März 2021 betrug die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria 2,0 %. Gemäß Statistik Austria ist die markante Beschleunigung der Inflationsrate von Februar auf März 2021 vor allem auf einen Anstieg der Rohölpreise zurückzuführen.[3] Die bis Februar 2021 vorliegenden Detailergebnisse zeigen einen deutlichen *Rückgang der ohne Energie und Nahrungsmittel berechneten Kerninflationsrate von 2,7 % im Juli 2020 auf 1,6 % im Februar 2021*. Vor allem bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen hat sich der COVID-19-bedingte zweite und dritte Lockdown inflationsdämpfend ausgewirkt. Aber auch die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (inklusive Alkohol und Tabak) verringerte sich zu Jahresbeginn deutlich.

Die in den letzten Monaten gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben die Preismessung abermals erschwert. Die weitgehenden Geschäftsschließungen führten zu Preisausfällen der im Warenkorb enthaltenen Produkte. In Österreich betraf dies vor allem Freizeit- und Kulturdienstleistungen sowie Gastronomie und Hotellerie. Das HVPI-Regelwerk sieht die Fortschreibung fehlender Preise vor.[4] Laut Eurostat betraf dies von November 2020 bis März 2021 zwischen 13 % und 25 % der im österreichischen HVPI-Warenkorb enthaltenen Produkte.[5] Vor allem die in diesem Zeitraum ausgewiesenen Inflationsraten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen sind daher mit Vorsicht zu interpretieren.

Im *Februar 2021 belief sich die Inflationsrate von Energie auf –1,6 % und war somit deutlich höher als im Juli 2020 (–7,5 %)*. Dafür ausschlaggebend sind die in den letzten Monaten stark angestiegenen Rohölpreise. Innerhalb der Energiekomponente wiesen zuletzt Treibstoffe, Heizöl und Gas deutliche Preissteigerungen gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres auf. Die Preise von festen Brennstoffen und Elektrizität lagen hingegen teilweise erheblich unter den Vorjahrespreisen.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise verringerte sich von 2,7 % im Juli 2020 auf 2,2 % im Februar 2021. Vor allem die Inflationsraten im Gastgewerbe sowie die Teuerung von Beherbergungsdienstleistungen verringerten sich seit Juli 2020. Allerdings wurde in diesen Branchen die Preiserhebung durch die Geschäftsschließungen beeinträchtigt, denn rund drei Viertel der Hotel- und Gastronomiepreise wurden in den letzten Monaten auf Basis des Saisonmusters fortgeschrieben.

Die *Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie verringerte sich von 2,4 % im Juli 2020 auf 0,7 % im Februar 2021*. Für diese Entwicklung waren vor allem die *Preise für Bekleidungsartikel sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände verantwortlich*. Wenngleich die Inflationsentwicklung im Bekleidungssektor

---

[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

[3] Statistik Austria veröffentlichte Ende März 2021 erstmals eine Schnellschätzung der Inflationsraten der VPI- und HVPI-Gesamtindizes für den laufenden Monat. Teilindizes und weitere Detailergebnisse wurden noch nicht veröffentlicht und werden künftig erst Mitte des Folgemonats verfügbar sein.

[4] Siehe dazu die methodischen Informationen von Eurostat in "Guidance on the compilation of the HICP in the context of the COVID-19 crisis": https://ec.europa.eu/eurostat/documents/10186/10693286/HICP_guidance.pdf.

[5] Im Euroraum-Durchschnitt mussten von November 2020 bis März 2021 zwischen 11 % und 13 % der Preise fortgeschrieben werden. Siehe dazu: https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/hicp/methodology.

durch die veränderten Ausverkaufsperioden sehr volatil ist, dürfte mittlerweile die schwache Nachfrage inflationsdämpfend gewirkt haben. Bei langlebigen Konsumgütern wie Möbeln und Einrichtungsgegenständen haben Preisnachlässe zu rückläufigen Teuerungsraten geführt.

Die *Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) verringerte sich zu Jahresbeginn deutlich und lag im Februar 2021 bei 1,2 % (Juli 2020: 2,2 %)*. Der zuletzt beobachtete Rückgang ist sowohl auf die Teuerung von verarbeiteten Nahrungsmitteln als auch auf die Preisentwicklung bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln zurückzuführen.

Anfang 2021 verringerte sich der Inflationsabstand Österreichs zum Euroraum beträchtlich, während sich der Inflationsabstand gegenüber Deutschland sogar in die entgegengesetzte Richtung gedreht hat. Im Jänner und Februar 2021 lag die österreichische HVPI-Inflationsrate um 0,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte über jener des Euroraums und um 0,5 bzw. 0,2 Prozentpunkte unter jener Deutschlands. Laut vorläufigen Ergebnissen für den März 2021 lag die österreichische HVPI-Inflationsrate um 0,7 Prozentpunkte über jener des Euroraums und gleichauf mit jener Deutschlands. Im Vorjahr befand sich die österreichische HVPI-Inflationsrate noch 1,1 Prozentpunkte über jener des Euroraums und einen Prozentpunkt über jener Deutschlands (Tabelle 1). Diese Veränderungen des Inflationsabstandes zwischen Österreich und dem Euroraum bzw. Deutschland sind allerdings auf den drastischen Anstieg der deutschen HVPI-Inflationsrate von –0,7 % im Dezember 2020 auf 1,6 % Anfang des Jahres 2021 zurückzuführen. Der Anstieg beruht größtenteils auf Sondereffekten. Etwas mehr als die Hälfte des deutschen Inflationsanstiegs war auf die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung und die Einführung einer CO_2-Steuer in Deutschland Anfang dieses Jahres zurückzuführen. Zudem bedingte die COVID-19-Pandemie aufgrund der geänderten Konsumgewohnheiten eine Anpassung der HVPI-Gewichte für das Jahr 2021, die deutlich stärker war als in den Vorjahren. Im deutschen HVPI-Warenkorb hat die markante Gewichtsänderung bei Pauschalreisen im Zusammenspiel mit der volatilen Preisentwicklung für einen statistischen Sondereffekt gesorgt[6], der die deutsche HVPI-Inflationsrate im Jänner 2021 um 0,5 Prozentpunkte und im Februar 2021 um 0,3 Prozentpunkte erhöhte. Alle genannten Sondereffekte sollten spätestens Anfang 2022 aus der Berechnung der Jahresinflationsrate herausfallen. Diese Einschätzung deckt sich mit den aktuellen Projektionen, denen zufolge die jährliche Teuerung im Jahr 2022 sowohl für Deutschland als auch für den Euroraum unter jener des laufenden Jahres liegen sollte.

Tabelle 1

Harmonisierter Verbraucherpreisindex

		2021			Prognose		
	2020	Jänner	Februar	März	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %						
Österreich	1,4	1,1	1,4	2,0	1,7	1,7	1,7
Deutschland	0,4	1,6	1,6	2,0	2,2	1,1	1,5
Euroraum	0,3	0,9	0,9	1,3	1,5	1,2	1,4

Quelle: Eurostat; Prognosen: OeNB-Inflationsprognose vom März 2021, EZB Projektion vom März 2021 (Euroraum), World Economic Outlook vom April 2021 (Deutschland).

[6] Siehe dazu: Deutsche Bundesbank. 2021. Coronabedingte Sondereffekte beim HVPI im Jahr 2021. Monatsbericht Februar 2021.

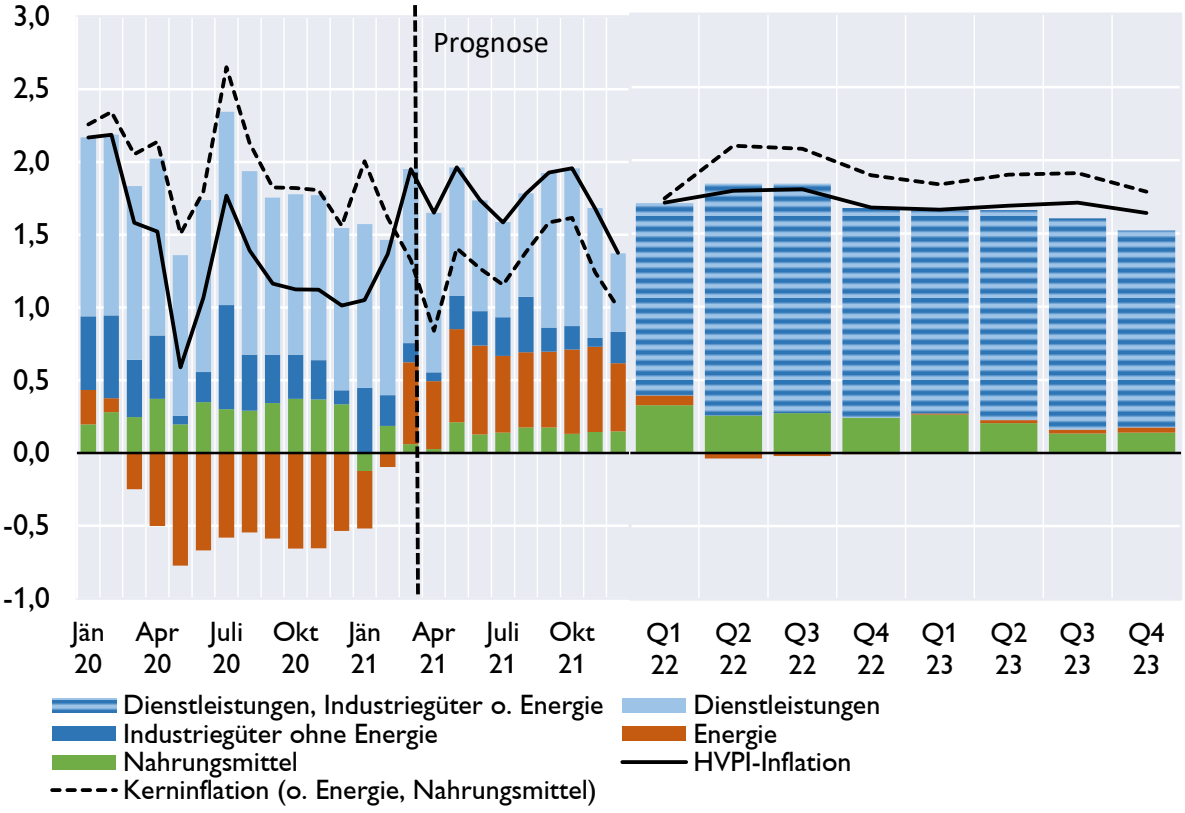
2 Inflationsprognose: Inflationsrate steigt im Jahr 2021 auf 1,7 %

Laut aktueller OeNB-Inflationsprognose wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 1,7 % betragen und 2022 sowie 2023 ebenfalls bei jeweils 1,7 % liegen (Grafik 1 und Tabelle 3). Die Prognose basiert auf der Annahme, dass 2021 Lockerungen der Containment-Maßnahmen im ersten Halbjahr nur graduell zur Anwendung kommen und erst in der zweiten Jahreshälfte zügig umgesetzt werden. Für die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete *Kerninflation erwartet die OeNB im Jahr 2021 eine Teuerungsrate von 1,4 %. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung beschleunigt sich die Kerninflationsrate im Jahr 2022 auf 2,0 % und im Jahr 2023 auf 1,9 %.*

Grafik 1

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Gegenüber der Prognose vom Dezember 2020 wurde die aktuelle Inflationsprognose für 2021 um 0,3 Prozentpunkte nach oben revidiert und für 2022 und 2023 unverändert belassen (Tabelle 3). Vor allem höhere Rohölpreise sind für die Aufwärtsrevision im Jahr 2021 ausschlaggebend.

Tabelle 2

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom März 2021

		Annahmen März 2021			Revisionen gegenüber Dezember 2020		
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Energie und Wechselkurse					*in %*		
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	37,0	49,1	46,2	44,4	31,9	19,7	12,0
US-Dollar-Euro-Wechselkurs	1,1	1,2	1,2	1,2	2,1	2,0	2,0
Nichtenergetische Rohstoffpreise		*Index 2005=100*			*in %*		
Gesamt	133,7	159,1	155,7	153,5	10,9	8,0	4,8
davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	146,5	174,8	166,1	157,2	11,3	8,2	2,9
davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	120,0	157,4	158,8	159,8	14,2	13,5	12,5
EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel	110,4	112,1	110,4	109,7	6,9	5,8	5,3
Zinsen		*in %*			*in Prozentpunkten*		
Drei-Monats-Zinssatz	−0,4	−0,5	−0,5	−0,4	0,0	0,0	0,1
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	0,0	−0,0	0,1	0,3	0,3	0,4	0,4

Quelle: Eurosystem.

Tabelle 2 zeigt die wichtigsten externen Annahmen hinsichtlich Rohstoffpreise, Wechselkurs und Zinssätze. Diese wurden im Rahmen der EZB-Prognose vom März 2021 festgelegt. Gegenüber der Inflationsprognose vom Dezember 2020 wurden die Preise von Rohöl und nicht-energetischen Rohstoffpreisen teilweise deutlich nach oben revidiert. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar hat im Vergleich zur Annahme im Dezember 2020 aufgewertet.

2.1 Energie sowie Industriegüter und Dienstleistungen prägen den Verlauf der Inflationsrate

Entsprechend den Rohölpreis-Futures sollten die Ölpreisnotierungen in EUR im Jahr 2021 um durchschnittlich 32 % über den Rohölpreisen des Vorjahres liegen. Teilweise ist dies auf den rapiden Rohölpreisverfall in den ersten vier Monaten des Vorjahres zurückzuführen. Die Jahresteuerung von *Energie* steigt daher in den nächsten Monaten deutlich und *erreicht im Jahr 2021 eine Rate von 5,4 %* (2020: –5,9 %). In den Jahren 2022 und 2023 wird mit annähernd konstanten Energiepreisen im Jahresabstand gerechnet.

Tabelle 3

OeNB-Inflationsprognose vom März 2021

		Prognose			Revisionen gegenüber Dezember 2020		
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				*in Prozentpunkten*		
HVPI-Inflation	1,4	1,7	1,7	1,7	0,3	0,0	0,0
Nahrungsmittel insgesamt	2,0	0,7	1,6	1,1	−1,7	−0,1	−0,2
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	*3,2*	*−0,1*	×	×	*−2,3*	×	×
davon verarbeitete Nahrungsmittel	*1,8*	*0,9*	×	×	*−1,5*	×	×
Industriegüter ohne Energie	1,2	0,7	×	×	0,0	×	×
Energie	−5,9	5,4	0,0	0,3	4,9	−0,7	−1,2
Dienstleistungen	2,5	1,9	×	×	0,2	×	×
HVPI ohne Energie	2,0	1,3	1,9	1,8	−0,2	0,1	0,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,0	1,4	2,0	1,9	0,1	0,2	0,2

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Bei *Industriegütern ohne Energie* werden im ersten Halbjahr 2021 die weiterhin aufrechten Containment-Maßnahmen und die damit einhergehende schwächere Nachfrage die Inflationsentwicklung dämpfen. Vor allem dauerhafte Konsumgüter (z. B. Fahrzeuge, Möbel) dürften aufgrund der gestiegenen Unsicherheit und der hohen Arbeitslosigkeit von der Nachfrageschwäche betroffen sein. Dies wird auch durch Umfragen im Rahmen des Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission gestützt, laut denen die Erwartungen von Einzelhandelsunternehmen im Hinblick auf Nachfrage und Preise in den nächsten drei Monaten deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnitt (seit 2005) bleiben. Im zweiten Halbjahr 2021 sollte allerdings die graduelle Verbesserung der Wirtschaftslage für eine Beschleunigung der Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie sorgen. Für das gesamte Jahr 2021 wird die Jahresteuerung voraussichtlich 0,7 % betragen und damit deutlich niedriger ausfallen als im Vorjahr (2020: 1,2 %).

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* wird sich im Jahr 2021 auf 1,9 % abschwächen (2020: 2,5 %). Laut Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission haben sich die Preiserwartungen und die Nachfrageerwartungen der österreichischen Dienstleistungsunternehmen im Hotel- und Gastgewerbe seit Jahresbeginn deutlich verschlechtert. Allerdings ist davon auszugehen, dass dies aufgrund der Notwendigkeit vorübergehender Preisfortschreibungen nicht sofort in den Inflationsdaten sichtbar wird. Für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen wurde von Juli 2020 bis Dezember 2021 eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % vorgenommen, um die Unternehmen finanziell zu unterstützen. Angesichts der COVID-19-bedingten Kostensteigerungen und Kapazitätsbeschränkungen (aufgrund der Hygienevorschriften und des einzuhaltenden Mindestabstands) sowie der Liquiditätsprobleme vieler Betriebe gehen wir allerdings davon aus, dass die Steuersenkung – wie von der Regierung intendiert – nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wird und daher keinen Einfluss auf die Verbraucherpreise hat.

Bei *Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak)* wurde Anfang dieses Jahres ein massiver Rückgang der Inflationsrate verzeichnet, der sich im Februar 2021 teilweise zurückgebildet hat

(Dezember 2020: 2,3 %; Jänner 2021: –0,5 %; Februar 2021: 1,2 %). Für das Jahr 2021 wird eine Teuerungsrate von 0,7 % erwartet (2020: 2,0 %). Für den graduellen Inflationsanstieg im Verlauf des aktuellen Jahres sind vor allem steigende Preiserwartungen für globale Agrarrohstoffe (Tabelle 2) verantwortlich, die zu einer Verteuerung importierter Nahrungsmittel führen. Zudem wird die mit April 2021 wirksame Tabaksteuererhöhung die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Tabak) um 0,2 Prozentpunkte anheben.[7]

[7] Bereits im Rahmen der Steuerreform 2019 waren stufenweise Tabaksteuererhöhungen in den Jahren 2021 und 2022 beschlossen worden.

Qualitätsbereinigung im österreichischen HVPI und VPI – einige Produktbeispiele

Friedrich Fritzer (friedrich.fritzer@oenb.at) und Fabio Rumler (fabio.rumler@oenb.at)

Verbraucherpreisindizes sind zentrale Indikatoren für die Geld- und Wirtschaftspolitik. Während der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) den Maßstab für die Erreichung des Ziels der Preisstabilität im Euroraum darstellt, dient der österreichische Verbraucherpreisindex (VPI) zur Wertsicherung von Verträgen oder auch als wichtige Größe im Zuge von Lohnverhandlungen. Beide Indizes messen Preisänderungen eines festgelegten Warenkorbs. Die Qualitätsbereinigung von Preisen ist daher eine notwendige Praxis bei der Inflationsmessung, da bei aufeinanderfolgenden Produkten nur „reine Preisänderungen" in den Preisindex eingehen sollen und allfällige qualitätsbedingte Preisänderungen unberücksichtigt bleiben müssen. Dabei werden von Eurostat laut Handbuch zur Erstellung des HVPI[8] nur einige grundlegende Prinzipien vorgegeben, die konkrete Ausgestaltung der Qualitätsbereinigungen obliegt den nationalen Statistikinstituten. Diese Ausgestaltung ist für die Inflationsmessung von großer Bedeutung, da eine unzureichende oder auch eine zu starke Qualitätsbereinigung zu Verzerrungen (Bias) bzw. zu Fehlern bei der Messung der Inflationsrate führen kann.

In diesem Kasten wird zunächst ein Überblick über die verschiedenen Quellen und Ursachen für Verzerrungen und Fehler in der Inflationsmessung gegeben. Anschließend wird speziell auf Qualitätsbereinigungen als Quelle von Messfehlern eingegangen. Anhand einiger Produktbeispiele (Kraftfahrzeuge, technische und elektronische Geräte) werden die Methoden der Qualitätsbereinigung im österreichischen HVPI und VPI analysiert und schließlich eine Einschätzung vorgenommen, ob diese zu Verzerrungen oder Messfehlern der Inflation in Österreich beitragen.

Messfehler im Verbraucherpreisindex

Messfehler im Verbraucherpreisindex werden üblicherweise auf vier Ursachen zurückgeführt:

1) Konsumentinnen und Konsumenten tendieren dazu, teure Produkte durch vergleichbare billigere Produkte zu ersetzen, wenn sich die relativen Preise ändern („Substitutions-Bias"). Obwohl die Warenkörbe der Verbraucherpreisindizes in Österreich einer jährlichen Aktualisierung unterliegen, kann der „Substitutions-Bias" damit nicht vollständig beseitigt werden. Die amtlich erhobene Verbraucherpreisinflation überschätzt möglicherweise aus diesem Grund die tatsächliche Inflationsrate.

2) Alternative Vertriebswege wie beispielweise der rasch wachsende E-Commerce sind in den Preiserhebungen unterrepräsentiert („Absatzkanal-Bias"). Da Konsumentinnen und Konsumenten vermutlich (billigere) alternative Vertriebswege in einem stärkeren Ausmaß nutzen, als in den Warenkörben der Verbraucherpreisindizes berücksichtigt, überschätzt die amtlich gemessene Inflationsrate auch aus diesem Grund wahrscheinlich die tatsächliche Teuerung.

3) Neue Produkte werden erst mit einer Verzögerung in den Warenkorb der Verbraucherpreisindizes aufgenommen („Neue-Produkte-Bias"). Häufig werden neue Produkte zu einem relativ hohen Preis eingeführt, der sich aufgrund intensiven Wettbewerbs und sinkender Stückkosten rasch verringert, bevor die Preise für lange Zeit konstant bleiben. Die Boskin-Kommission[9] ging davon aus, dass neue Produkte größtenteils verspätet in die Warenkörbe der Verbraucherpreisindizes aufgenommen werden, sodass die anfänglichen Preisrückgänge nicht mitberücksichtigt werden. Dies stellt einen weiteren Grund dar, warum die amtlich gemessene Verbraucherpreisinflation die tatsächliche Inflationsrate geringfügig überschätzen dürfte.

4) Einige Produkte, vor allem Maschinen und technische Geräte, werden in ihren Ausstattungsmerkmalen laufend verbessert. Die Qualitätsänderung ist häufig auch mit einer Preiserhöhung verbunden. Statistische Institute nehmen daher Qualitätsbereinigungen der erhobenen Preise vor, die möglicherweise zu einer Überschätzung oder Unterschätzung der tatsächlichen Inflationsrate führen können („Qualitäts-Bias"). Wenn

[8] Eurostat. 2018. Harmonised Index of Consumer Prices (HICP). Methodological Manual.

[9] Boskin, M., E. Dulberger, T. Gordon, Z. Griliches and D. Jorgenson. 1996. Final Report of the Advisory Commission to Study the Consumer Price Index. Washington D.C.: U.S. Government Printing Office.

die Preisänderung in vollem Ausmaß ohne Bedachtnahme auf die geänderte Qualität in die Verbraucherpreisstatistik eingeht, überschätzt die amtlich gemessene Verbraucherpreisinflation die tatsächliche Inflationsrate. Da Qualitätsänderungen aber schwer messbar bzw. quantifizierbar sind, ist auch der Fall denkbar, dass Preissteigerungen in einem zu großen Ausmaß der verbesserten Qualität zugeschrieben werden und dadurch die tatsächliche Inflationsrate unterschätzt wird.

Für die USA stellte die Boskin-Kommission im Jahr 1996 fest, dass alle beschriebenen Messfehler des Verbraucherpreisindex die tatsächliche Inflationsrate um etwa 1,1 Prozentpunkte (pro Jahr) überzeichneten. Der Messfehler aufgrund des „Qualitäts-Bias" und des „Neue-Produkte-Bias" betrug zusammen rund +0,6 Prozentpunkte, während der „Substitutions-Bias" bzw. der „Absatzkanal-Bias" mit +0,4 Prozentpunkten bzw. +0,1 Prozentpunkten geringere Messfehler aufwiesen. In einer neueren Untersuchung stellte Moulton[10] für die USA trotz der Verbesserungen der Inflationsmessung in den letzten Jahrzehnten noch immer einen (aggregierten) Messfehler der Verbraucherpreisinflation von +0,85 Prozentpunkten fest.

Für Euroraum-Länder existieren nur wenige Studien, die den Messfehler im Verbraucherpreisindex schätzen. Hoffmann[11] berechnet in einer Untersuchung aus dem Jahr 1998 den (aggregierten) Messfehler des Verbraucherpreisindex für Deutschland, wonach der deutschen VPI die tatsächliche Inflationsrate um 0,75 Prozentpunkte pro Jahr überzeichnete. Von den angeführten Fehlerquellen kam dem „Qualitäts-Bias" in dieser Untersuchung die größte Bedeutung zu.

Vor allem bei Produkten, die einem starken technischen Wandel unterliegen, ist es von Bedeutung, jenen Teil der Preisänderungen, der auf neue Ausstattungsmerkmale zurückgeht, von der „reinen Preisänderung" (Verteuerung eines Produkts, ohne einen zusätzlichen Nutzen zu stiften) zu trennen. Dies trifft in besonderem Maß auf technische Produkte wie Notebooks, Smartphones oder Kraftfahrzeuge zu.

Nachfolgend werden zunächst die Preisentwicklung und Qualitätsbereinigungen am Beispiel von Kraftfahrzeugen in Österreich im Vergleich zu Deutschland näher beleuchtet. Danach werden die Qualitätsbereinigungspraktiken bei weiteren ausgewählten Industriegütern in Österreich auf Basis von Mikropreisdaten genauer in den Fokus genommen.

Preisänderungen bei Kraftfahrzeugen in Österreich und Deutschland

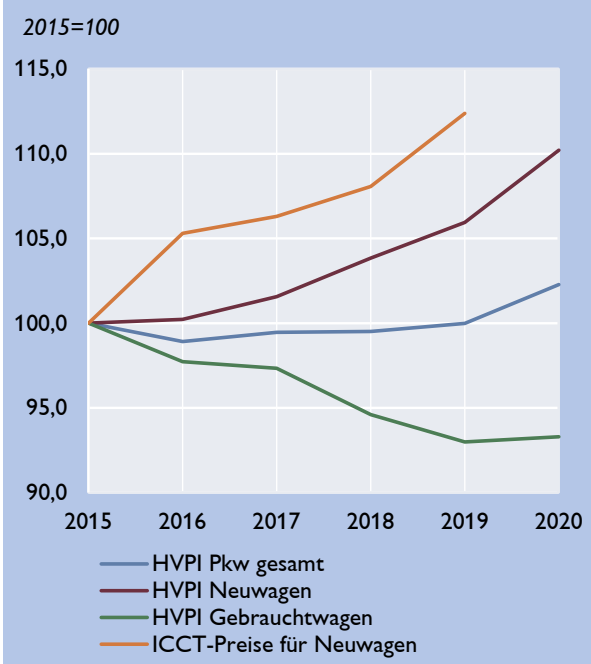
Der österreichische HVPI für Kraftfahrzeuge (Neuwagen und Gebrauchtwagen ohne einspurige Kraftfahrzeuge) ist von 2015 bis 2020 um insgesamt 2,3 % angestiegen (siehe Grafik K1). Neue Pkw verteuerten sich in diesem Zeitraum um 10,2 %, während Gebrauchtwagen um insgesamt 6,7 % billiger wurden. In Deutschland hingegen sind von 2015 bis 2020 die Preise von Kraftfahrzeugen, gemessen am HVPI, viel deutlicher angestiegen als in Österreich (8,2 %). Dies war vor allem auf gebrauchte Pkw zurückzuführen, die sich in Deutschland – im Gegensatz zu Österreich – um 7,6 % verteuerten.

[10] Moulton, B. 2018. The Measurement of Output, Prices, and Productivity: What's Changed Since the Boskin Commission? Washington D.C.: Brookings Institution.

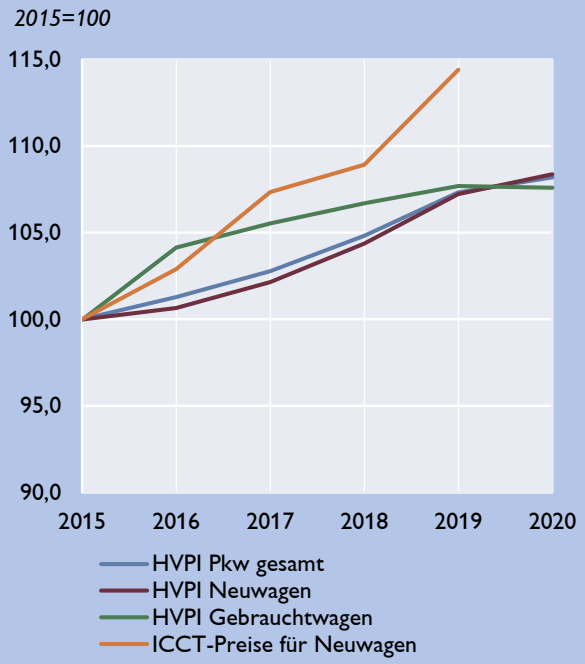
[11] Hoffmann, J. 1998. Probleme der Inflationsmessung in Deutschland. Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank 1/98.

Grafik K1

Österreich: HVPI-Index Pkw und ICCT-Preise für Pkw



Deutschland: HVPI-Index Pkw und ICCT-Preise für Pkw



Quelle: Eurostat; ICCT-Preise: European Vehicle Market Statistics, Pocketbook 2020/2021.

Der HVPI misst allerdings nur „reine Preisänderungen", aus denen die Qualitätsverbesserungen herausgerechnet wurden. Tatsächlich – unkorrigiert um Qualitätsverbesserungen – verteuerten sich Neuwagen sowohl in Österreich als auch in Deutschland seit 2015 stärker als in der Verbraucherpreisstatistik ausgewiesen (Grafik K1), wobei dies häufig auf eine verbesserte Ausstattung sowie eine bessere Motorenleistung bzw. einen geringeren Kraftstoffverbrauch zurückzuführen ist.

Dies wird evident, wenn die Entwicklung des durchschnittlichen Listenpreises für neue Pkw mit der Entwicklung des HVPI für Neuwagen verglichen wird. Laut ICCT[12] sind die Einzelhandelspreise (Listenpreise inklusive Steuern) für neue Pkw in Österreich von 2015 bis 2019 (Daten für das Jahr 2020 sind noch nicht verfügbar) um rund 12 % und somit doppelt so stark wie die qualitätsbereinigten Preise von Neuwagen im HVPI angestiegen (Grafik K1, linke Darstellung). In Deutschland stiegen laut ICCT die Neuwagenpreise von 2015 bis 2019 um rund 14 % und damit ebenfalls um etwa das Doppelte verglichen zum deutschen HVPI für Neuwagen. Diese Differenzen sind allerdings nur ein Anhaltspunkt und keine verlässliche Schätzung für den Effekt von Qualitätsverbesserungen auf Preissteigerungen.

Methoden der Qualitätsbereinigung bei Kraftfahrzeugpreisen

Die Methoden der Qualitätsbereinigung sind derzeit noch nicht länderübergreifend harmonisiert, wenngleich Eurostat im Handbuch zur Erstellung des HVPI Empfehlungen ausgearbeitet hat. Die mangelnde Harmonisierung beeinträchtigt die länderübergreifende Vergleichbarkeit der Preisänderungen und der Inflationsraten einzelner Produkte.

Im österreichischen HVPI wird die Qualitätsbereinigung bei Fahrzeugen (Neu- und Gebrauchtwagen) durch die „Optionspreis-Methode" vorgenommen. Diese Methode bewertet Qualitätsänderungen auf Basis der Listenpreise einzelner Ausstattungsmerkmale, die bei älteren Modellen zusätzlich als Extras erworben werden

[12] International Council of Clean Transportation. 2020. European Vehicle Market Statistics. Pocketbook 2020/21. Aufgrund der Datenlage konnte nur auf die von ICCT erhobenen Preise für Neuwagen zurückgegriffen werden.

konnten, nunmehr aber in der Basisausstattung enthalten sind. Zusätzlich werden Änderungen im Treibstoffverbrauch berücksichtigt und mit den aktuellen Benzinpreisen bewertet.

Die Qualitätsbereinigung von Fahrzeugen im deutschen Verbraucherpreisindex wird einerseits mit sogenannten hedonischen Methoden (bei Gebrauchtwagen) und andererseits mit der Optionspreis-Methode (bei Neuwagen) vorgenommen. Bei einer hedonischen Qualitätsbereinigung wird mithilfe einer Regressionsanalyse der Einfluss wesentlicher Produktmerkmale (z. B. Alter des Pkw, Kilometerstand usw.) auf den Verkaufspreis ermittelt. Dadurch lassen sich Preisänderungen, die auf qualitativen Veränderungen bestimmter Produkte beruhen, von den „reinen" Preisänderungen rechnerisch trennen und eliminieren.[13] Laut dem deutschen Statistischen Bundesamt zeigte ein Vergleich der Verfahren zur Qualitätsbereinigung der Preise von neuen Pkw, dass beide Verfahren Qualitätsänderungen adäquat abbilden, die Optionspreis-Methode aber deutlich einfacher umzusetzen ist.

Qualitätsanpassungen und mögliche Messfehler auf Basis von Mikropreisdaten für ausgewählte Industriegüter

In diesem Abschnitt gehen wir auf Grundlage von Mikropreisdaten der Frage nach, ob die Qualitätsanpassungspraktiken in Österreich zu Verzerrungen in der Inflationsmessung führen. Wir untersuchen dafür zwölf ausgewählte Produkte aus dem Bereich der nicht-energetischen Industriegüter, für die Qualitätsänderungen im Zeitablauf üblicherweise eine große Rolle spielen (siehe Tabelle K1).

Um zu beurteilen, ob die Qualitätsänderungen möglicherweise zu einer Verzerrung bei der Inflationsmessung bezüglich der betroffenen Produkte führen, berechnen wir die Inflationsraten für diese Produkte anhand drei verschiedener Annahmen über den Wert von Qualitätsunterschieden und das sich daraus jeweils ergebende Ausmaß der Qualitätsbereinigung. Unsere erste Annahme geht davon aus, dass die Qualitätsänderung zwischen dem alten und dem neuen Produkt so groß ist, dass die Preisänderung dadurch vollständig erklärt wird. Dies bedeutet, dass der neue, qualitätsbereinigte Preis dem alten Preis entspricht, was bei der Inflationsmessung als Link-to-Show-No-Price-Change (LNP) bezeichnet wird. Die konträre Annahme besagt, dass der Qualitätsunterschied entweder vernachlässigbar klein oder null ist, sodass keine Qualitätsanpassung der Preise erforderlich ist. Dies entspricht einem direkten Vergleich des alten mit dem neuen Preis und wird als Direct-Price-Comparison (DPC) bezeichnet. Die dritte Annahme, für die wir Inflationsraten berechnen, basiert auf der tatsächlichen von Statistik Austria vorgenommenen Qualitätsanpassung (QA). Somit stellen die ersten beiden Annahmen Extremfälle von Qualitätsbereinigungen dar, zwischen denen sich die tatsächliche Qualitätsbereinigung vernünftigerweise bewegen sollte. Liegt diese allerdings systematisch und dauerhaft außerhalb des Bereichs, der durch die beiden Extremfälle aufgespannt wird, bestehen Anhaltspunkte für eine Verzerrung in der Inflationsmessung aufgrund von zu starken Qualitätsbereinigungen. Dies wäre etwa dann der Fall, wenn die Qualitätsbereinigungen über einen längeren Zeitraum so stark sind, dass sie die Preisentwicklung in die andere Richtung korrigieren, d. h. beispielsweise bei steigenden Preisen eine sinkende qualitätsbereinigte Preisdynamik induzieren.

In Tabelle K1 sind die durchschnittlichen jährlichen Inflationsraten je Produkt für die drei Berechnungsmethoden der Qualitätsbereinigung für den Zeitraum 2011–2017 angegeben. Die Ergebnisse zeigen, dass die Qualitätsbereinigung auf Basis der Information von Statistik Austria (QA) für die meisten Produkte Inflationsraten impliziert, die zwischen dem Szenario liegen, bei dem keine Qualitätsanpassung durchgeführt wird (DPC), und jenem Szenario, bei dem die Qualitätsanpassung die Preisänderung zur Gänze kompensiert (LNP). Lediglich bei Geschirrspülern und Rasierapparaten liegt die Inflationsrate nach der Qualitätsbereinigungsmethode von Statistik Austria höher als die Inflationsraten, zu deren Berechnung die anderen beiden Methoden herangezogen wurden. Was allerdings bei allen Produkten auffällt, ist die große Spannweite möglicher Inflationsraten, die sich je nach Qualitätsbereinigungsverfahren ergibt. Dies deutet darauf hin, dass die Art der Qualitätsbereinigung einen wesentlichen Einfluss auf die Inflationsentwicklung jener Produkte ausübt, die häufigen Qualitätsänderungen unterliegen.

[13] Hedonische Methoden zur Qualitätsbereinigung werden im österreichischen HVPI derzeit nur bei Büchern und Speicherkarten verwendet.

Tabelle K1

Durchschnittliche jährliche Inflation (2011–2017) für verschiedene Qualitätsbereinigunsmethoden

Produkte	DPC	QA	LNP
Schlafzimmermöbel	4,3	3,8	1,7
Sitzgarnitur	2,9	1,8	1,2
Geschirrspüler	0,1	1,2	0,4
Elektrischer Rasierapparat	-1,0	0,1	-2,0
Zahnbürste	0,6	0,3	-0,3
Waschmaschine	0,2	0,1	-0,6
Rasenmäher	0,7	0,4	-0,2
Spülbecken	3,2	1,0	0,8
Vollwaschmittel	-1,2	-5,3	-6,0
Notebook/Tablet	-0,1	-3,1	-5,3
PC	1,3	0,6	-1,7
Herren Jeans	-0,6	-0,5	-1,4
Insgesamt	0,9	0,2	-1,0

DPC steht für direct price comparison, QA für die tatsächliche Qualitätsbereinigung von Statistik Austria and LNP für Link-to-Show-No-Price-Change.

Insgesamt – über alle untersuchten Produkte gemittelt – liegt die qualitätsbereinigte Inflation ziemlich genau in der Mitte zwischen den beiden Extremfällen DPC und LNP. Dies lässt den Schluss zu, dass keine wesentlichen Verzerrungen der Inflationsraten aufgrund der Qualitätsänderungen auftreten. Dass die tatsächliche Qualitätsbereinigung zu Inflationsraten führt, die zwischen den beiden Extremfällen liegt, sagt aber nichts darüber aus, ob die Qualitätsbereinigung richtig durchgeführt wurde, sondern nur, dass sich keine systematischen Verzerrungen erkennen lassen. Die Frage über das richtige Ausmaß von Qualitätsbereinigungen lässt sich nicht immer leicht beantworten. Fallweise basiert die Qualitätsbereinigung mangels allgemeingültiger Prinzipien auf subjektiven Entscheidungen der mit der Inflationsberechnung betrauten Statistikerinnen und Statistiker.

Schlussfolgerungen

Verbraucherpreisindizes sind zentrale Indikatoren für die Geld- und Wirtschaftspolitik. Während der HVPI den Maßstab für die Erreichung des Ziels der Preisstabilität im Euroraum darstellt, dient der österreichische VPI zur Wertsicherung von Verträgen oder auch als wichtige Größe im Zuge von Lohnverhandlungen. Messfehler bei der Erstellung von Verbraucherpreisindizes zu vermeiden, ist daher von großer Bedeutung. Laut Boskin-Kommission dürfte der „Qualitäts-Bias" eine der bedeutendsten Fehlerquellen bei der Erstellung von Verbraucherpreisindizes sein.

Auch wenn die Verfahren zur Qualitätsbereinigung im HVPI auf europäischer Ebene in den letzten Jahren verbessert wurden, besteht nach wie vor keine länderübergreifende Harmonisierung in diesem Bereich. Letzteres wäre empfehlenswert, da die unterschiedlichen Methoden der Qualitätsbereinigung in der Währungsunion ein Problem für die Vergleichbarkeit der Inflationsraten auf Produktebene darstellen. Für Österreich und Deutschland wurden jedoch beispielsweise für neue Kraftfahrzeuge, bei denen in beiden Ländern die sogenannte Optionspreis-Methode zur Qualitätsbereinigung angewandt wird, plausible Ergebnisse der Qualitätsbereinigung gefunden, die auch durch externe Datenquellen gestützt werden. Ebenso wurden auf Basis der Mikropreisdaten ausgewählter Industriegütergruppen, bei denen Qualitätsänderungen häufig vorkommen, qualitätsbereinigte Inflationsraten beobachtet, die sich innerhalb plausibler Grenzen bewegen.

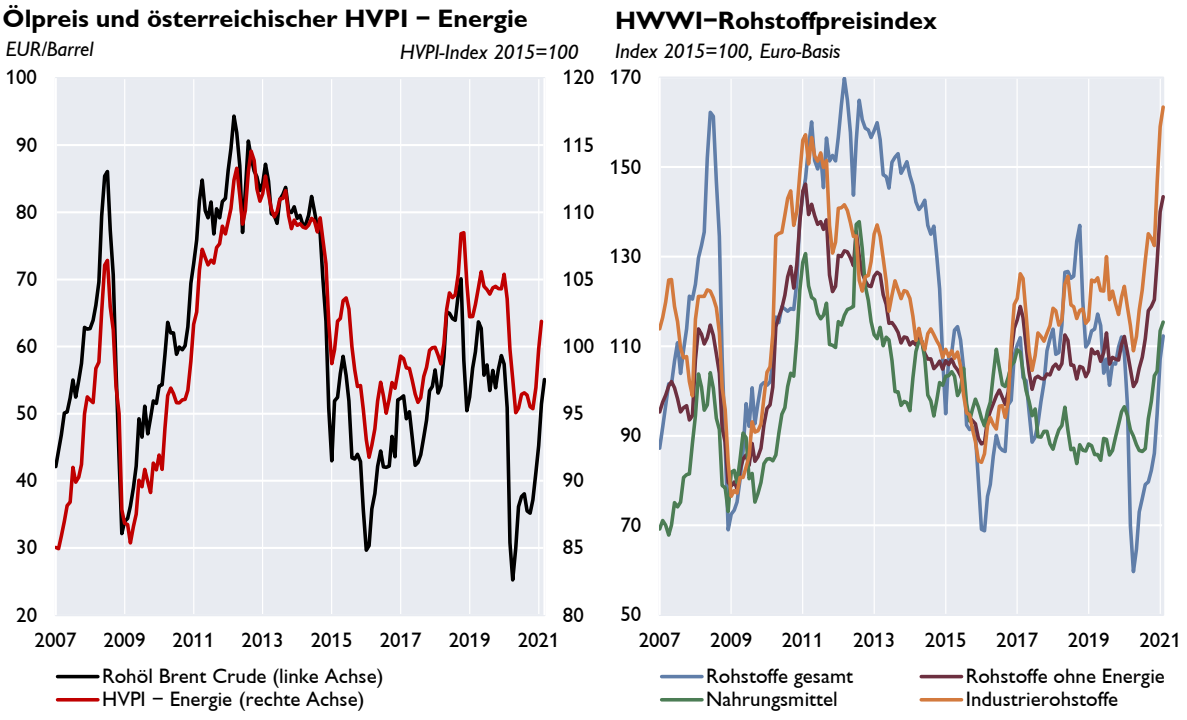
3 Erklärungsfaktoren für die bisherige Preisentwicklung

3.1 Rapider Anstieg der Rohstoffpreise

In den ersten Monaten des Jahres 2020 war der Rohölpreis aufgrund der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden weltweiten Rezession auf Talfahrt. Das zugleich ausgeweitete Angebot an Rohöl ließ den Preis der Marke Brent Crude von Jänner 2020 bis April 2020 um 56 % auf 25,2 EUR pro Barrel fallen. Seither befindet sich der Rohölpreis im Aufwärtstrend, der sich in den letzten Monaten beschleunigte. Im Dezember 2020 kündigte die Allianz der Erdöl exportierenden Länder an, monatlich über eine Produktionsanpassung an die wirtschaftliche Entwicklung zu beraten, wobei insbesondere Saudi-Arabien zuletzt die Rohölproduktion deutlich gedrosselt hat. Im März 2021 lag der Rohölpreis bei 55,1 EUR pro Barrel und damit deutlich über dem Preis des Vorjahresmonats (März 2020: 30,8 EUR pro Barrel). *Mit den zuletzt stark anziehenden Ölpreisen stieg auch der Preisindex der Energiekomponente im österreichischen HVPI deutlich an* (Grafik 2, linke Abbildung). Im Februar 2021 lagen die Energiepreise im HVPI aber noch um 1,6 % unter ihrem Vorjahreswert.

Grafik 2

Rohstoffpreise



Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

Der *HWWI*[14]*-Preisindex für die gesamten Rohstoffe steigt bereits seit April 2020 kontinuierlich an*. Dies ist sowohl auf die steigende Nachfrage nach Industrierohstoffen aus China als auch auf die Trockenheit in einigen wichtigen Produzentenländern von Agrarrohstoffen zurückzuführen. Letzteres hatte zu einer Angebotsverknappung bei Agrarrohstoffen geführt. Die Preise von

[14] Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut.

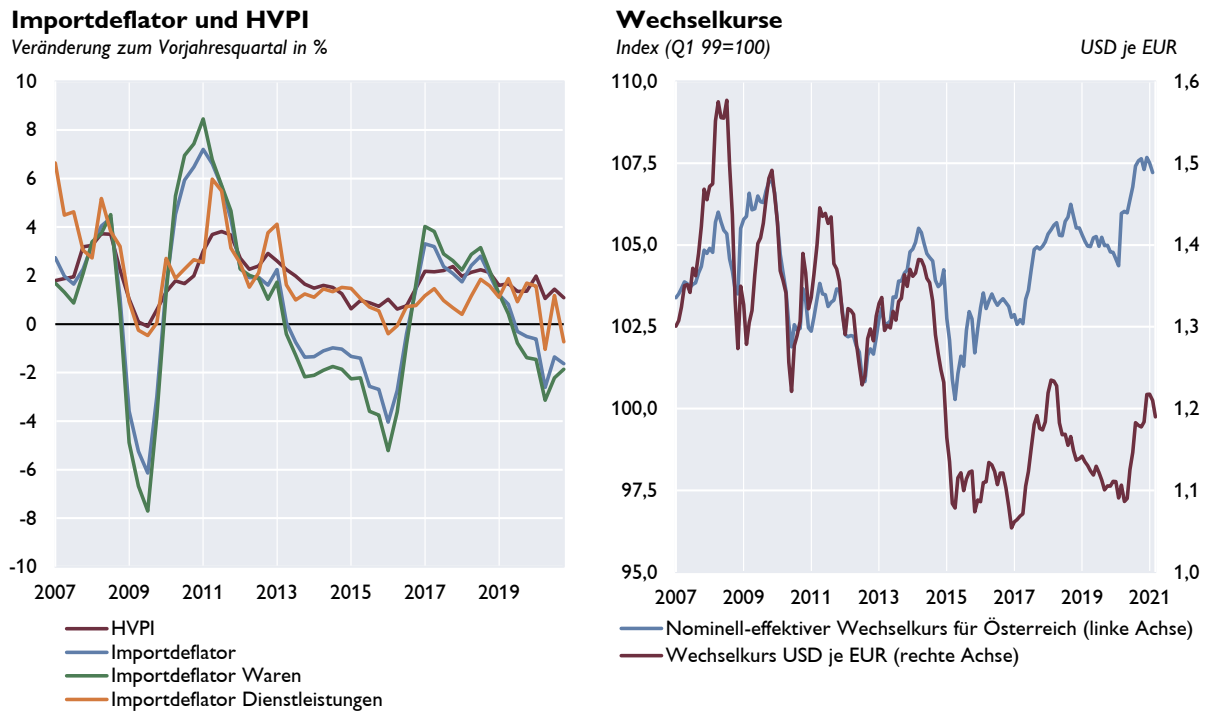
Industrie- sowie Nahrungsmittelrohstoffen legten daher von April 2020 bis Februar 2021 um rund 50,0 % sowie 28,6 % zu (Grafik 2, rechte Abbildung).

3.2 Moderate Entwicklung der Importpreise bis Ende 2020

Die Jahreswachstumsrate des Importdeflators (laut VGR[15]) ist nun bereits seit dem dritten Quartal 2019 im negativen Bereich und betrug im vierten Quartal 2020 –1,6 %. Dafür dürften vor allem die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ausschlaggebend gewesen sein. Die Importpreise von Waren verringerten sich vom vierten Quartal 2019 bis zum vierten Quartal 2020 um 1,9 %, während die Preise für Dienstleistungsimporte seit dem vierten Quartal 2019 um 0,7 % zurückgingen (Grafik 3, linke Abbildung).

Grafik 3

Importpreise und Wechselkurse



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

Der seit Februar 2020 verzeichnete Anstieg des Eurowechselkurses trug zum beobachteten Importpreisrückgang ebenfalls bei. *Von Februar 2020 bis Februar 2021 wertete der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs[16] um insgesamt 2,7 % auf. Der bilaterale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wertete von Februar 2020 bis März 2021 um 9,1 % auf und belief sich im März 2021 auf 1,19 USD je EUR* (Grafik 3, rechte Abbildung).

[15] Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

[16] Der nominell-effektive Wechselkurs wird von der EZB aus den bilateralen Wechselkursen gegenüber den 38 wichtigsten Handelspartnern Österreichs, gewichtet mit den jeweiligen Außenhandelsanteilen für den Sachgüterbereich, berechnet.

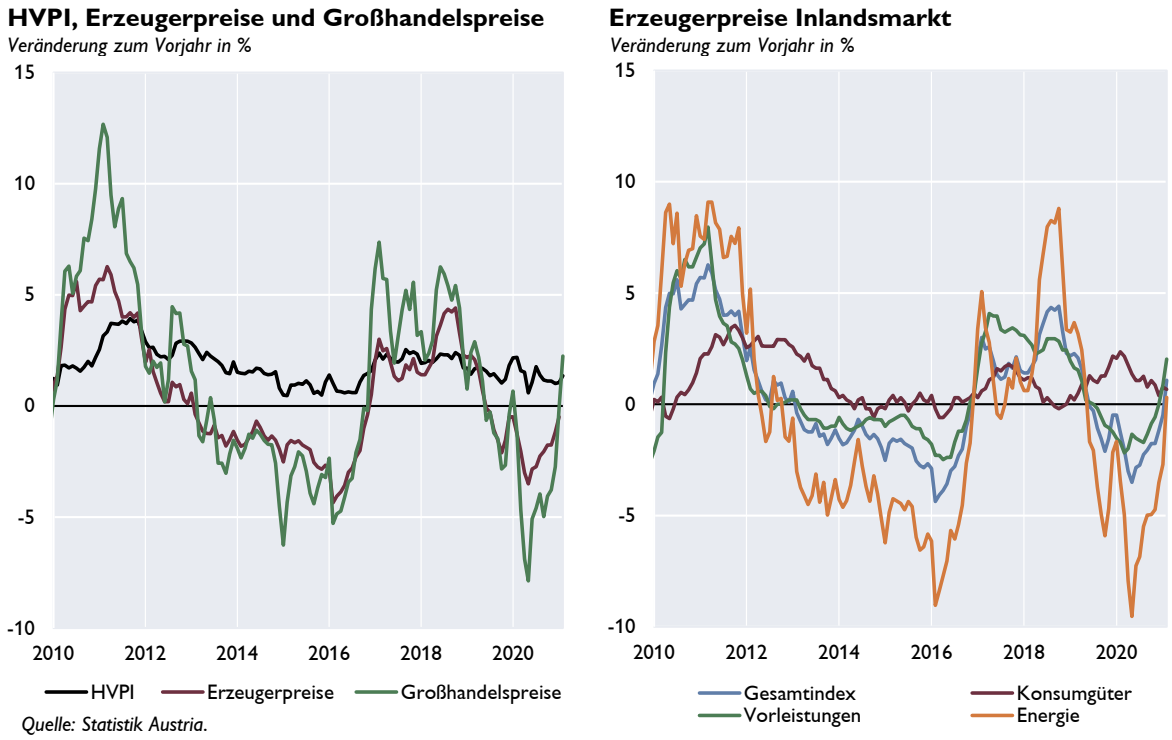
3.3 Inflationsanstieg auf Ebene der Erzeuger- und Großhandelspreise

Auf den *vorgelagerten Produktionsstufen ist in den letzten Monaten die Jahreswachstumsrate der Preisindikatoren teilweise deutlich angestiegen*. Die Jahresänderungsrate des *Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter*[17] erreichte im Mai 2020 mit –3,5 % den niedrigsten Wert seit Beginn der COVID-19-Pandemie; im Februar 2021 lag die Erzeugerpreisinflation bei 1,1 % (Grafik 4, linke Abbildung). Innerhalb des Erzeugerpreisindex wiesen die Vorleistungskomponente und die Energiekomponente steigende Teuerungsraten auf (Grafik 4, rechte Abbildung). Die Inflationsrate der eng mit den Konsumentenpreisen verbundenen Erzeugerpreise für Konsumgüter schwankte seit Herbst 2020 zwischen 0,4 % und 1,1 % und belief sich im Februar 2021 auf 0,7 % (gegenüber dem Vorjahresmonat).

Die Wachstumsrate des Großhandelspreisindex erreichte ebenfalls im Mai 2020 mit –7,9 % den niedrigsten Wert seit Beginn der COVID-19-Pandemie, stieg bis *Februar 2021 aber auf 2,2 % an*. Für den Indexanstieg gegenüber dem Vorjahresmonat waren vor allem Altmaterialien und Reststoffe, Eisen und Stahl sowie Kunststoffe und Gummi ausschlaggebend.

Grafik 4

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette



Quelle: Statistik Austria.

3.4 Entwicklung der Lohnstückkosten durch Lockdown verzerrt

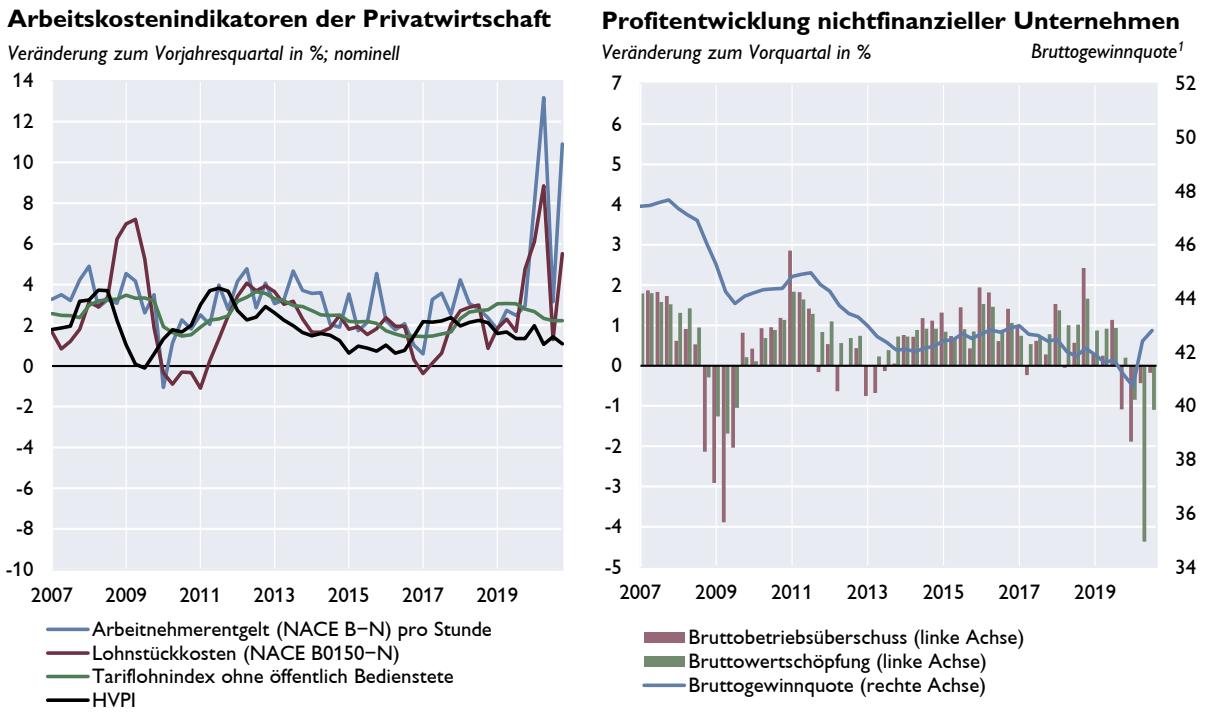
Seit Beginn der COVID-19-Pandemie hat sich das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten in der gewerblichen Wirtschaft (NACE Sektoren B–N) ausgesprochen volatil entwickelt. Dem pandemiebedingten

[17] Der Erzeugerpreisindex für Sachgüter erfasst die Preisentwicklung der im Inland produzierten und abgesetzten Waren (Industrie ausgenommen Baugewerbe, Abwasserentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung).

Anstieg auf 8,8 % im zweiten Quartal 2020 folgte eine Abschwächung auf 1,3 % im dritten Quartal 2020, gefolgt von einer neuerlichen Beschleunigung auf 5,5 % im vierten Quartal 2020 (Grafik 5, linke Abbildung). Einen ähnlichen Verlauf wies das Jahreswachstum der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde auf (13,2 % im zweiten Quartal 2020; 3,1 % im dritten Quartal 2020; 10,9 % im vierten Quartal 2020). Der Informationsgehalt dieser Indikatoren wird allerdings durch die Kurzarbeitsregelungen wesentlich beeinträchtigt, da die Arbeitnehmerentgelte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung auch die fiskalischen Subventionen im Rahmen der Kurzarbeit enthalten. Somit spiegelt die Entwicklung der Lohnstückkosten und der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde in dieser Sondersituation die tatsächliche Arbeitskostenentwicklung der Unternehmen nicht korrekt wider und lässt daher auch keine Rückschlüsse auf einen möglichen, von den Arbeitskosten ausgehenden Preisdruck zu. Die *Jahreswachstumsrate des Tariflohnindex* (ohne öffentlich Bedienstete) schwächte sich von 3,1 % im dritten Quartal 2019 auf 2,2 % im vierten Quartal 2020 ab.

Grafik 5

Arbeitskostenindikatoren und Profite



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

[1] *Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100*

Die *Bruttogewinnquote*[18] *der nichtfinanziellen Unternehmen ging von 41,7 % im dritten Quartal 2019 auf 40,7 % im ersten Quartal 2020 zurück, erholte sich bis ins dritte Quartal 2020 aber wieder auf 42,8 %* (Grafik 5, rechte Abbildung). Zurückzuführen ist dies darauf, dass die Bruttowertschöpfung während der COVID-19-Pandemie vergleichsweise stärker zurückging als die

[18] Die Bruttogewinnquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften laut VGR ist definiert als der Bruttobetriebsüberschuss der Unternehmen, dividiert durch die Bruttowertschöpfung. Dieser Profitabilitätsindikator gibt an, welcher Anteil der im Produktionsprozess entstandenen Wirtschaftsleistung auf die Vergütung des Produktionsfaktors Kapital entfällt.

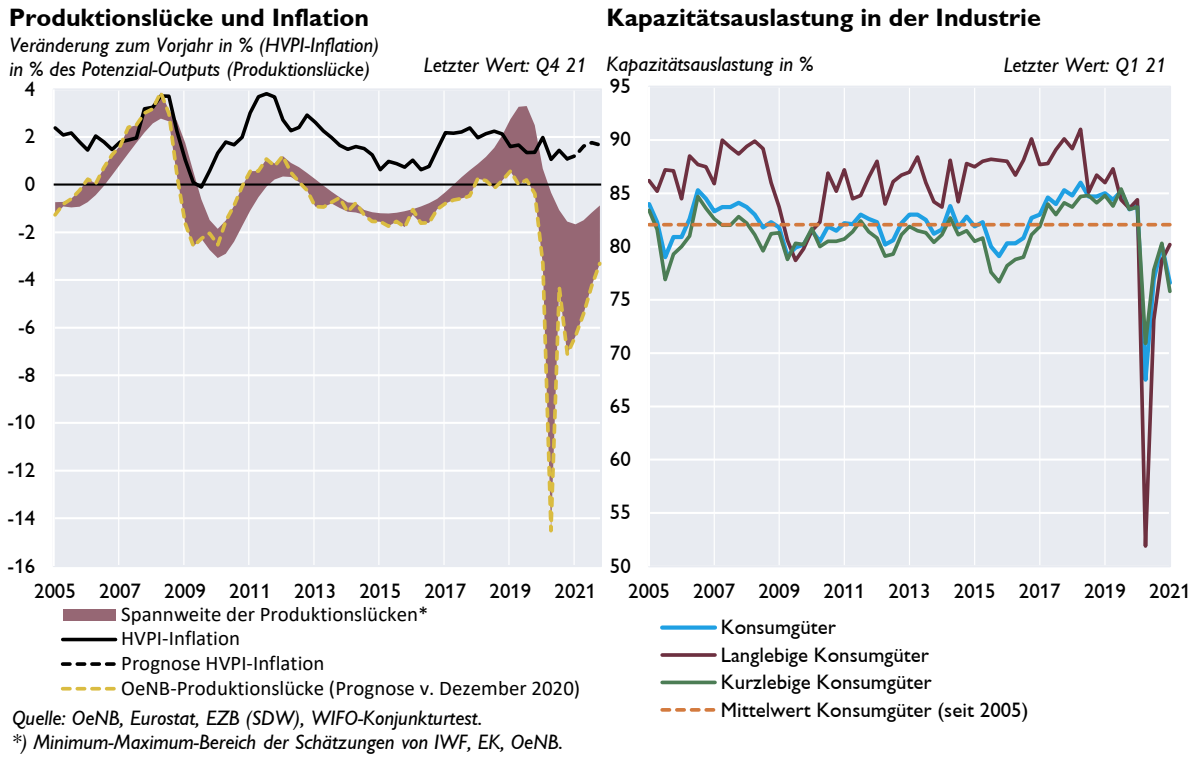
Bruttobetriebsüberschüsse. Letztere wurden durch die in den letzten Quartalen krisenbedingt stark gestiegenen Unternehmenssubventionen teilweise gestützt.

3.5 Auslastung der Produktionskapazitäten wieder rückläufig

Die Berechnung der Produktionslücke (Abweichung der aktuellen Produktion von ihrem Potenzial) unterliegt bereits in normalen Zeiten einer hohen Unsicherheit, da der Potenzialoutput nicht beobachtet werden kann und folglich geschätzt werden muss. In der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Krise ist die Unsicherheit noch erheblich größer, weshalb die Bandbreite der Schätzungen für den Potenzialoutput und daher auch die Schätzungen der Produktionslücke eine größere Streuung aufweisen (Grafik 6, linke Abbildung).

Grafik 6

Indikatoren der Produktionsauslastung



Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW), WIFO-Konjunkturtest.
**) Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen von IWF, EK, OeNB.*

Die *Produktionsauslastung in der Konsumgüterindustrie stürzte* laut WIFO-Konjunkturtest *im zweiten Quartal 2020 auf 67,5 % ab (ausgehend von 83,8 % im ersten Quartal)*. Bis zum *vierten Quartal 2020 erholte sich die Kapazitätsauslastung wieder deutlich, ging aber im ersten Quartal 2021 aufgrund des neuerlichen Lockdowns wieder auf 76,6 %* zurück (Grafik 6, rechte Abbildung). Damit lag die Kapazitätsauslastung seit Beginn der COVID-19-Pandemie anhaltend markant unter ihrem langfristigen Durchschnitt (Mittelwert seit 2005: 82,2 %). Innerhalb der Konsumgüterproduktion war die Kapazitätsauslastung im ersten Quartal 2021 bei kurzlebigen Konsumgütern rückläufig, während sich die Produktionsauslastung bei langlebigen Konsumgütern leicht verbesserte.

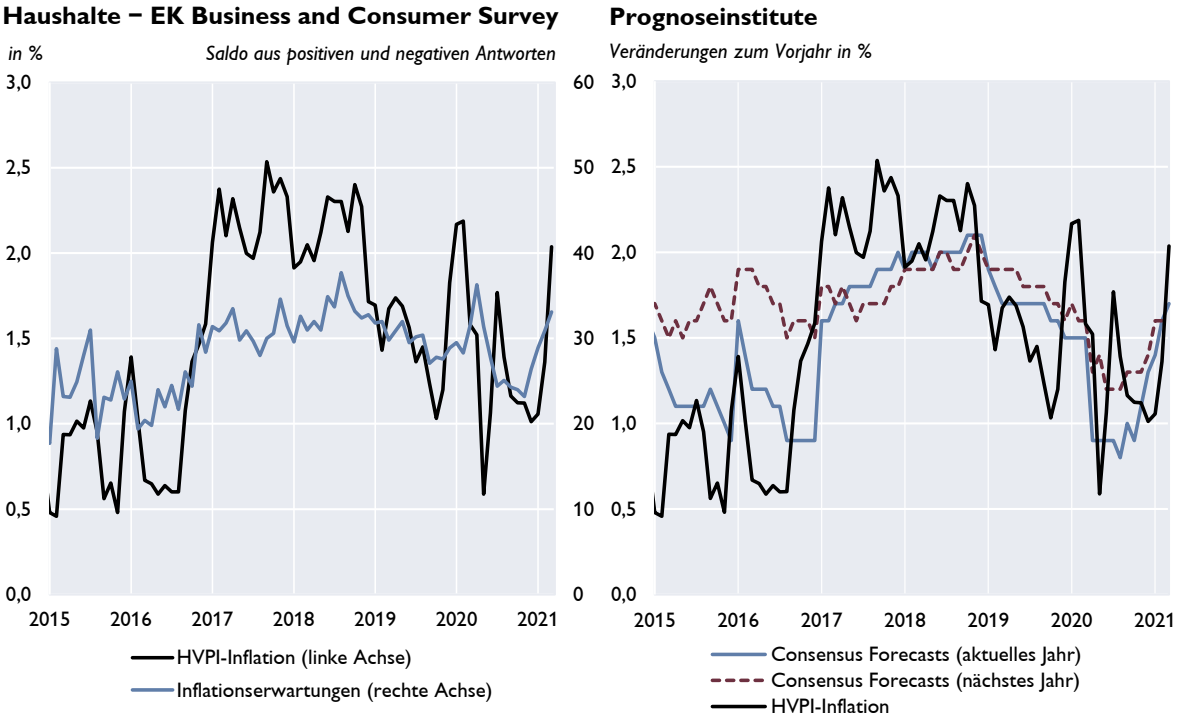
3.6 Inflationserwartungen zuletzt angestiegen

Laut Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission erwarten die Verbraucherinnen und Verbraucher in Österreich im Februar 2021 für die kommenden zwölf Monate mit deutlicher Mehrheit steigende Preise (Grafik 7, linke Abbildung). *Der Saldo aus positiven Antworten* („Preise steigen in den kommenden zwölf Monaten") *und negativen Antworten* („Preise sinken in den kommenden zwölf Monaten") *lag im März 2021 bei 33,1 und ist damit in den letzten Monaten angestiegen*.

Eine weitere Datenquelle für Inflationserwartungen sind die von „Consensus Economics" erhobenen Projektionen von professionellen Prognoseinstituten. Demgemäß *stieg die Consensus-Inflationsprognose für Österreich* (also der Durchschnitt der erhobenen Prognosen) *für das Jahr 2021 im März 2021 auf 1,7 % an* (Grafik 7, rechte Abbildung).

Grafik 7

Inflationserwartungen



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.